

Vortrag ZeDiS, Hamburg
13.12.2016

Rebecca Maskos, Hochschule Bremen
rebecca.maskos@hs-bremen.de
www.rebecca-maskos.net

Thesen zur Inklusion - Utopie einer besseren Gesellschaft oder neoliberale Anrufung behinderter Menschen?

Vor einigen Jahren war sie vielen noch ein Fremdwort, jetzt ist sie überall – die Inklusion. Aller Orten entstanden Inklusionstheaterstücke, Inklusionsbands und Inklusionscafés. Inklusionsbeauftragte veranstalteten Inklusionstage, Inklusionssongs wurden gesungen und Inklusions-Fackelläufe abgehalten. Selbst Werkstätten und Wohneinrichtungen hielten plötzlich „inklusive Angebote“ vor. Scheinbar alles, was mit dem Thema Behinderung zu tun hatte, bekam das Attribut „Inklusion“ angeheftet (Hinz, 2013). So häufig, dass manche mittlerweile beim Stichwort Inklusion entnervt mit den Augen rollen. Das Für und Wider von Inklusionsklassen und -schulen und gemeinsamen Lernen wurde medial skeptisch abgewogen, oft durch Feuilleton-Autor*innen, die das Thema Behinderung sonst eher selten anfassen (vgl. Geyer, 2014). Der Begriff der Inklusion scheint mittlerweile ein inflationär gebrauchtes Modewort und komplett verbrannt zu sein.

All seine Verkürzungen übersehen indes den gesellschaftskritischen Gehalt des Begriffs. Man kann Inklusion meines Erachtens verstehen als radikalen Neuentwurf von Gesellschaft. Dabei ist nicht nur der gesellschaftliche Umgang mit Behinderung gemeint, auf den auch ich in diesem Text hauptsächlich fokussiere, sondern auch der Umgang mit anderen Differenzkategorien wie Gender und Herkunft. Momentan zeichnet sich allerdings eher das Gegenteil von emanzipatorischen gesellschaftlichen Umbrüchen ab: Inklusion scheint Gefahr zu laufen, zur Steilvorlage für einen neoliberalen Zugang zu Behinderung zu werden. Im Folgenden möchte ich einige vorläufige Thesen zu diesem Spannungsfeld vorstellen. Ich verstehe meinen Text als Debattenbeitrag und nicht als fertige wissenschaftliche Analyse, und freue mich, wenn die Thesen weitergedacht werden.

These 1: Die Idee der Inklusion hat revolutionäres Potential

Die genaue Begriffsgenese von Inklusion ist schwer zu ermitteln. Soweit meine Recherchen reichen, ist der Begriff Inklusion in den 70er Jahren in der US-amerikanischen Behindertenbewegung entstanden. Gemeint war eine Erweiterung des Begriffs Integration, der Behinderung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe und nicht mehr als individuell zu lösendes Problem verstehen wollte. Ein Zitat von Erziehungswissenschaftler Dieter Katzenbach bringt diese Unterscheidung auf den Punkt: „Integration bedeutet Duldung, Inklusion bedeutet Zugehörigkeit“ (zit. n. Rost, 2010).

Auch wenn der Inklusionsbegriff in behindertenpolitischen Kontexten entstanden ist, war er doch ursprünglich weit gefasst und bezog sich auch auf andere Differenzkategorien wie zum Beispiel Migrationshintergrund und sexuelle Orientierung. In dieser Hinsicht ähnelt er dem Konzept „Diversity“ (vgl. Hirschberg, Köbsell, 2016). Im Zuge der medialen Debatten erfuhr er jedoch eine diskursive Verengung, zuerst einmal auf das Thema Behinderung. Zum anderen wurde und wird Inklusion oft ausschließlich im Zusammenhang mit Schule und Bildung diskutiert.

Bei der Integration darf eine Minderheit teilhaben, muss sich aber an die Standards der Mehrheit anpassen („Zwei-Gruppen-Theorie“, vgl. Hinz, 2002). Die Mehrheiten-Standards bleiben dabei unverändert. Und es bleibt die Aufgabe der Minderheit, für ihre eigene Integration zu sorgen. Beim Thema Migrationshintergrund wird diese Logik ganz deutlich: Da

geht es unter dem Schlagwort Integration fast immer um die Anpassung der Migrant*innen an die deutsche Mehrheits- bzw. „Leitkultur“.

Auch beim Thema Behinderung zeigt sich diese Tendenz: Integrationsbetriebe beispielsweise sind spezielle Betriebe, in denen vor allem behinderte Menschen (zusammen mit Nichtbehinderten) eingestellt werden (vgl. Hinz; Lüttensee, 1997). Ein inklusiver Arbeitsplatz würde demgegenüber eine reguläre Anstellung bedeuten, zum Beispiel in einem ganz normalen Unternehmen, mit entsprechender Unterstützung oder Assistenz.

Der Begriff Inklusion geht zurück auf das lateinische Wort für „Enthaltensein“. In Salamanca auf der UNESCO-Weltkonferenz zum Thema Bildung fand der Begriff erstmals größere Verbreitung. In der dort gefassten „Salamanca-Erklärung“ von 1994 wurde das Ziel festgelegt: Inklusive Bildung für alle. Schulen und andere Bildungseinrichtungen sollen so umgestaltet werden, dass alle an ihnen teilhaben können. Die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK), die seit 2009 auch in Deutschland gilt, hat die Idee der Salamanca-Erklärung aufgegriffen und verallgemeinert auf die ganze Gesellschaft. In der UN-BRK ist Inklusion als Menschenrechtsprinzip verankert (UN-BRK Art. 3c) - nicht nur im Bereich Schule, sondern in allen Lebensbereichen, wie zum Beispiel Arbeit, Wohnen, menschliche Beziehungen, Kultur und Freizeit.

Bei der Inklusion verändert sich die Mehrheitsgesellschaft selbst und es müssen sich nicht mehr Minderheiten der Gesellschaft anpassen. Es ist ein Systemwechsel, der Vielfalt wertschätzt statt Unterschiede nach einem normativen Maßstab einzuebnen (vgl. Hermes, 2006). In der inklusiven Gesellschaft soll es zum Beispiel selbstverständlich sein, dass Gebäude barrierefrei sind und alle ungehindert miteinander kommunizieren können. So selbstverständlich, dass sich irgendwann die Unterschiede zwischen „Minderheiten“ und „Mehrheiten“, zwischen „normal“ und „anormal“ verwischen. In der inklusiven Gesellschaft dominiert das, was der Literaturwissenschaftler Jürgen Link „flexiblen Normalismus“ nennt – es gibt kaum noch statische, festgelegte Normen, sondern die Grenzen des Bereichs des Normalen verschwimmen (vgl. Link, 1996).

Nach meinem Verständnis einer inklusiven Gesellschaft wäre die Konsequenz daraus, dass nicht mehr nach Behinderung oder Nichtbehinderung gefragt würde, sondern danach, was die Einzelnen brauchen, um teilnehmen zu können. Es ginge also weniger um Diagnosen, um die Kategorisierung von Menschen, oder um die Festlegung von „normal“ und „anormal“, sondern um Bedürfnisse. So gesehen würde Behinderung eher zu einer Frage von Barrieren, Zugang und Unterstützung. Behinderung wäre nicht länger ein Defizit, das man beheben oder anpassen muss.

So verstanden hätte der Inklusionsbegriff einen fundamental gesellschaftsverändernden, wenn nicht revolutionären Gehalt. Wenn man ihn zuspitzt, erinnert er an die marxische Lösung des Kommunismus – nicht des Kommunismus in seiner real gewordenen, historischen Form, sondern in seiner bisher utopischen: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!“. Das forderte Karl Marx als Maxime einer befreiten Gesellschaft in der „Kritik des Gothaer Programms“ (Marx, 1891, 21). Inklusion würde dann heißen, dass Leistungszwänge, Wettbewerb und Konkurrenzdruck grundlegend in Frage gestellt werden – in der aktuellen Gesellschaft schwer vorstellbar.

Wie groß die Anteile der Behindertenbewegung sind, die meine marxistische Lesart von Inklusion teilen, weiß ich nicht – die Bandbreite der „Auslegungen“ von Inklusion ist groß. Dennoch hatten die „Begriffsmütter und -väter“ meines Erachtens ein zumindest grundlegend gesellschaftsveränderndes Verständnis von Inklusion im Sinn (vgl. Hinz, 2013). Wenn Begegnung ein wichtiger Faktor für den Abbau von Mythen und Ideologien über Behinderung ist, dann wäre jedenfalls Inklusion auf allen Ebenen und in allen Institutionen ein wirksames Mittel gegen Ableism.¹ Gemeinsame Orte sind die Grundlage für Inklusion – egal ob wir dort

¹Fiona Kumari Campbell spricht von *Ableism* als einem „Netzwerk von Überzeugungen, Prozessen und Praktiken, das eine eigentümliche Art von Selbst und Körper produziert, die als perfekt, spezialtypisch und deshalb essentiell und

alle das gleiche leisten oder nicht.

These 2: Die Einwände gegen Inklusion zeigen die „Beharrungskraft des Systems“ und eine ableistische Abwehr

Gegen diese Vorstellung, aber auch schon gegen weniger einschneidende Veränderungen, die Inklusion bewirken könnte, gibt es natürlich viele Einwände (Reimann, 2013). Da gibt es zum einen den grundlegenden Zweifel, dass das nicht praktikabel sei und nicht funktionieren kann (vgl. Felten, 2016). Der Zweifel scheint resistent zu sein gegen Beispiele aus Schweden, Italien, den USA und zahlreichen anderen Ländern, in denen man Inklusion auf vielen Ebenen schon deutlich näher kommt als hierzulande. Es wird außerdem vermutet, Inklusion könne auch schaden – den nichtbehinderten Schüler*innen beispielsweise, oder allgemein der Mehrheitsgesellschaft, der dann viel zu hohe Kosten entstünden.

Der darüber hinaus verbreitete Einwand, Inklusion sei „Gleichmacherei“, oder, dass Inklusion Unterschiede aufheben wolle (vgl. Geyer, 2014), ist paradox, schließlich will Inklusion ja gerade umgekehrt die Vielfalt anerkennen bzw. die Gesellschaft auf menschliche Vielfalt und Unterschiedlichkeit einrichten (beispielsweise durch Assistenz, Unterstützung und binnendifferenzierten Unterricht). Der Einwand stellt die Realität auf den Kopf: „Gleichmacherei“ wird derzeit aller Orten in der Schule und auf dem Arbeitsmarkt betrieben – nämlich das Vergleichen und In-Konkurrenz-Setzen von Menschen mit den unterschiedlichsten Voraussetzungen am gleichen Maßstab. Es ist vielmehr dieser Maßstab der Gleichheit, der Ungleichheit erzeugt.

Daneben wird oft gemahnt, nicht alle Menschen seien „inkludierbar“ (vgl. Ahrbeck, 2014). Ein vielsagender Einwand, der zeigt, dass die Idee der Inklusion nicht verstanden wurde – schließlich soll ja niemand in etwas Bestehendes „hineininkludiert“ werden, sondern sich das Ganze selbst grundlegend und strukturell verändern.

Die Einwände zeigen meines Erachtens zweierlei: Zum einen die starke „Beharrungskraft des Systems“, bestehend aus staatlichen Institutionen, mächtigen Wohlfahrtsverbänden der Behindertenhilfe und einem traditionell mehrgliedrigem, selektivem Schulsystem, das sich bisher weitgehend veränderungsresistent zeigt. Förderlehrer*innen, Heimbetreuer*innen, Werkstattgruppenleiter*innen und andere „Behindertenhilfeprofis“ bangen um ihre Jobs und die Legitimität ihres Berufsstandes. Zum anderen aber mobilisiert die Vorstellung einer inklusiven Gesellschaft auch Ängste außerhalb des Behindertenhilfesektors, nämlich vor der stetigen Präsenz behinderter Menschen und damit vor potentiell verunsichernden und unkontrollierbaren Alltagsbegegnungen. Schließlich scheint ein Motiv ableistischer Praxen der Ausschließung behinderter Menschen eine Form von Angstabwehr zu sein, ein Weg, die durch Behinderung verkörperte Verletzlichkeit von *allen* Körpern und damit die Infragestellung eigener Autonomieideale von sich fern zu halten (Schönwiese, 2003; Maskos, 2015).

These 3: „Inkludiert“ gehört, wer sich verwerten lässt

Auch wenn medial immer wieder ordentlich Stimmung gemacht wird gegen Inklusion und ihre Vertreter*innen, hindert das mächtige Institutionen nicht daran, Inklusion auf die Agenda der Zivilgesellschaft zu setzen. Das World Economic Forum, die Bundesregierung, das Ministerium für Arbeit und Soziales, große Unternehmen wie Daimler Benz und die Deutsche Bank oder der Bund der Deutschen Arbeitgeberverbände schreiben sich Inklusion auf die Fahnen. Das ist einerseits gut und ein deutlicher Fortschritt gegenüber Zeiten, in denen Behinderung als Thema kaum vorkam oder bestenfalls als Nischenthema im Gesundheits- und Fürsorgekontext. Andererseits könnte man sich darüber wundern, dass Institutionen, die ja durchaus auch ein Interesse am Fortbestand ihrer Systeme und Organisationsweisen haben, sich ein revolutionär anmutendes Projekt zu eigen machen und geradezu „von oben verordnen“. Was bringt

vollwertig menschlich projiziert wird. Behinderung wird so zu einem verminderten Zustand des Menschseins geformt.“ (Campbell, 2001, zit n. Campbell, 2008, Übersetzung R.M.).

Institutionen dazu, etwas voranzutreiben, was sie selbst und ihre gesellschaftlichen Bedingungen eigentlich fundamental in Frage stellt? Entweder ist ihnen die Bedrohung ihres Status quo nicht bewusst, oder, was eher auf der Hand liegt, sie nutzen die Innovationskraft der Idee für ihre Zwecke, ohne dass sich die gesellschaftlichen Bedingungen selbst grundlegend verändern müssten.

Diese Bedingungen haben es in sich. Seit dem Siegeszug der Industrialisierung leben wir in einem ökonomischen System, das nicht für die Bedürfnisse der einzelnen produziert, sondern für die Verwertung des Werts. Dies produziert eine Gesellschaft, die auf allumfassende Warenproduktion ausgerichtet ist: Nicht nur alle Dinge, die produziert und gehandelt werden, werden zu Waren, sondern auch alle Dienstleistungen und die Menschen selbst, die ihre ureigenste Ware, die Arbeitskraft, auf dem Markt verkaufen müssen (Marx, 1890, 181).

Eine ziemlich ungemütliche Gesellschaft jedenfalls, an der behinderte Menschen in der kapitalistischen Variante der Inklusion uneingeschränkt teilhaben sollen und auch wollen. So forderte beispielsweise eine Reihe behindertenpolitischer Aktivist*innen, dass die Leistungsbereitschaft behinderter Menschen positive Erwähnung in der Neujahrsansprache der Bundeskanzlerin finden soll (change.org, 2013 b).

Um den Einwand vorweg zu nehmen – auch in vorkapitalistischen Zeiten war das Zusammenleben der Menschen sicher alles andere als rosig, und auch in einem postkapitalistischen Zeitalter hätten wir wahrscheinlich immer noch eine Menge anderer Herrschaftsverhältnisse, die uns das Leben schwer machen würden. Doch der Kapitalismus sollte in der Debatte um Inklusion zentral erwähnt werden, schließlich geht es in der Inklusionsdebatte oft um Fragen von Leistungs- und Bildungsfähigkeit, Funktionsfähigkeit und Arbeit. Im Bereich Arbeit und im ihr vorgeschalteten Bereich Schule, die auf das Arbeitsleben vorbereiten soll, wird Inklusion am meisten diskutiert. Beides sind bereits für nichtbehinderte Menschen exklusive Räume, in denen nur diejenigen vorankommen, die sich in der Konkurrenz bewähren. So schreibt Uwe Becker zum Thema Arbeit:

„Inklusion hebt die gesellschaftlichen Selektions- und Sanktionsmechanismen nicht auf. (...) Erst die Offenlegung, dass es sich bei dem Mitmachen primär um Arbeit handelt, genauer gesagt der weite und funktional sehr differenzierte Bereich der Erwerbsarbeit gemeint ist, lässt hellhörig werden. Denn zutreffend ist, dass diese Art des Mitmachens und das dadurch angestrebte Mithalten in der Gesellschaft auch vielen Menschen ohne Behinderung schon jetzt nicht gelingen. Tatsache ist, dass dieses Mitmachen keineswegs ein freudiges, freiwilliges Agieren aller Mitmachenden ist.“ (Becker, 2015, 13 und 20f).

Wenn Inklusion einfach nur ein „Mitmachen“ im Bestehenden bedeutet, und das Bestehende selbst sich nicht verändert, ist vorprogrammiert, dass noch viel mehr Leute als ohnehin „unter die Räder kommen“. Vielzitiert sind die Klagen von Eltern und Lehrer*innen über die Überforderung in inklusiven Schulklassen, weil viel zu wenig Geld und Personal zur Verfügung gestellt wird. Statt dass flächendeckend Teamteaching eingeführt wird, müssen Förderpädagog*innen von Schule zu Schule springen und können nur punktuell unterstützen. Aber auch in Ambulantisierungsprozessen von Wohneinrichtungsträgern wird unter dem Banner der Inklusion gespart. Betreutes Einzelwohnen klingt erst einmal gut, aber wenn kaum Assistenz da ist, die das Alleine-Wohnen unterstützt oder durch die man die Wohnung verlassen kann, hat das wenig mit Inklusion zu tun. Die Bedenken, dass behinderte Kinder in der Regelschule überfordert und gemobbt, und Menschen mit Lernschwierigkeiten auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt links liegen gelassen werden könnten, sind durchaus berechtigt. Gleichzeitig mischt sich hier die schon erwähnte „Beharrungskraft des Systems“ ein. Das Argument, dass eine Inklusion unter kapitalistischen Vorzeichen eine Zumutung bedeuten kann, wird von Vertreter*innen der institutionalisierten Behindertenhilfe gerne nach eigener Lesart aufgegriffen. Es ist nicht verwunderlich, dass Becker seine eigentlich sehr zutreffende Kritik der Inklusionsrhetorik aus der Perspektive von Einrichtungsbetreibern schreibt – Becker ist Vorstandssprecher der Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe. Ausgrenzende Sonder- und Schonräume bedeuten für ihn immer auch „Freiräume“, die es vor der Inklusion zu verteidigen gilt (ebd., 13).

Inklusion im „revolutionären“ Verständnis meint indes kein „Hineinwerfen“ behinderter Menschen in bestehende Verhältnisse. Inklusion bedeutet dann vielmehr, dass soviel Assistenz und Unterstützung zur Verfügung gestellt wird, dass eben nicht in Sonderräumen gearbeitet und gelebt werden muss. Inklusion soll die Beeinträchtigungen gerade nicht leugnen, sondern so unterstützen, dass man mit ihnen teilhaben kann – das mahnt auch die UN-Behindertenrechtskonvention beispielsweise in den Artikeln 5 (Gleichberechtigung und Nicht-Diskriminierung) und 19 (unabhängige Lebensführung und Einbeziehung in die Gemeinschaft) an. Aktuell wird diese Perspektive bei den ersten Versuchen, Inklusion umzusetzen, aber kaum berücksichtigt.

Inklusion, so wie sie von staatlichen und privaten Institutionen derzeit propagiert wird, scheint aber nicht nur ein schönes Etikett für Sparmaßnahmen zu sein. Sie scheint sich als Aufforderung zum Mitmachen vor allem an diejenigen zu richten, die auch erfolgreich mitmachen können. Sie appelliert an die Nützlichkeit und Brauchbarkeit der einzelnen, trotz oder gerade wegen der Behinderung. Ein viel beachtetes Beispiel dafür ist die Einstellung von rund 100 Asperger-Autist*innen durch den Software-Konzern SAP. Die neuen Mitarbeiter*innen, die es sonst auf dem Arbeitsmarkt eher schwer gehabt hätten, würden besonders wegen ihrer Detailgenauigkeit und ihrem scharfen Blick für Strukturen geschätzt – eine für die Softwareentwicklung besonders wichtige Fähigkeit. Ihre Neurodiversität, ihre sonst eher als Defizit verstandene Art der Wahrnehmung, wird bei SAP als Bereicherung wertgeschätzt (dieses Verständnis ähnelt der Unternehmensstrategie des „Managing Diversity“, siehe Hirschberg und Köbsell, 2016, 562f) . Und selbstverständlich als gewinnbringender Konkurrenzvorteil gegenüber anderen Unternehmen:

„Das Geschäftsumfeld verändert sich in einer dramatischen Geschwindigkeit. Indem wir die unterschiedlichsten Menschen einbeziehen, machen wir das Unternehmen SAP nicht nur zu einem besseren Arbeitsplatz, sondern fördern auch unsere Innovationskraft, betreuen unsere Kunden besser und gewinnen Wettbewerbsvorteile. ... Vielfalt und Inklusion lässt uns zu einem besseren Unternehmen werden. Sie beschleunigt Innovationen, erweitert unsere Arbeitserfahrungen und befähigt uns, auch in der sich schnell verändernden digitalen Welt erfolgreich zu sein“,

schreibt Anka Wittenberg, „Chief Diversity and Inclusion Officer“ von SAP auf der SAP-Webseite (Wittenberg, 2016).

Um nicht falsch verstanden zu werden – es ist überfällig, dass die Fähigkeiten behinderter Menschen endlich als Stärken gesehen werden und nicht als Schwächen und Defizite. Und es ist toll, wenn behinderte Menschen Jobs bekommen, in denen sie ihre Fähigkeiten – außerhalb von Sondereinrichtungen - einsetzen können. Das Problem sind eher die Vorzeichen, unter denen diese Form von Inklusion entsteht. Unternehmen tun nichts aus reiner Menschenfreundlichkeit, das können sie sich buchstäblich nicht leisten. Der Hauptgrund ihres „Engagements“ für Inklusion ist der Mehrwert – der Gewinn muss das oberste Leitziel eines erfolgreichen Unternehmens sein, sonst kann es auf dem Markt einpacken. Wenn sich Inklusion nicht lohnt, wird ein Unternehmen sie nicht praktizieren. Und wenn Inklusion nur unter der Voraussetzung eines „Konkurrenzvorteils im Wettbewerb“ praktiziert wird, kann die ökonomische Nutzung der besonderen Fähigkeiten und Innovationskraft einiger behinderter Menschen zum Druck auf alle werden, sich genauso innovativ und leistungsfähig zu zeigen.

These 4: Inklusion im Kapitalismus passt zur Agenda einer neoliberalen Gesellschaft – und viele behinderte Menschen übernehmen ihre Logiken

„Jede*r ist ihres/seines Glückes Schmied“ ist eine Grundüberzeugung aus dem kapitalistischen Ideologieinventar – und ein deutlicher Verweis darauf, dass nicht die Kooperation aller, sondern der Wettbewerb der einzelnen die kapitalistische Gesellschaft reguliert. Sind Selbstverantwortung, Individualisierung und die Privatisierung von Risiken schon Kernelemente des Kapitalismus, so werden sie in seiner neoliberalen Ausprägung zur Leitideologie erhoben. Seit den 1970er Jahren, und spätestens als Thatcher und Reagan begannen, die Sozialsysteme radikal zu deregulieren und die Märkte von staatlichen Einschränkungen zu befreien,

veränderte sich auch die Gesellschaft in eine neoliberale Gesellschaft:

„Der Neoliberalismus ist zunächst einmal eine Theorie politisch-ökonomischen Handelns, die davon ausgeht, dass man den Wohlstand der Menschen optimal fördert, indem man die individuellen unternehmerischen Freiheiten und Fähigkeiten freisetzt, und zwar innerhalb eines institutionellen Rahmens, dessen Kennzeichen gesicherte private Eigentumsrechte, freie Märkte und freier Handel sind. (...) Im neoliberalen Denken gilt das Marktgeschehen an und für sich als eine Ethik, die ‚alle Handlungen der Menschen anleiten und damit alle früheren ethischen Überzeugungen ersetzen‘ könne. Die Neoliberalen gehen also davon aus, dass der gesellschaftliche Nutzen durch die Maximierung der Reichweite und Frequenz der Markttransaktionen ebenfalls maximiert wird, weshalb sie den Herrschaftsbereich des Marktes auf alle Felder menschlichen Handelns ausdehnen wollen.“ (Harvey, 2007, 8ff).

In der neoliberalen Gesellschaft ordnen sich Denken und soziales Handeln der Subjekte noch radikaler marktkonformen Geboten unter als vorher. Sich konsequent als Ware zu betrachten ist so ein Gebot – mit der Folge, sich stets auf allen Ebenen optimieren zu wollen: Körper und Geist fitter zu machen, schneller zu werden, sozial eloquenter und attraktiver. Nicht nach den anderen zu fragen, nach dem Staat oder nach dem Arbeitgeber, sondern selbst Lösungen zu finden, Probleme zu individualisieren, autonom zu sein und seine Angelegenheiten privat und eigenständig zu regeln. Schwierigkeiten im Leben nicht als Hindernis, sondern als Chance und Herausforderung zu betrachten und somit auch die volle Last der Verantwortung zu übernehmen. All diese Erwartungen verinnerlichen die Subjekte des Neoliberalismus und machen sie zu ihren eigenen Handlungsmaximen.

Ulrich Bröckling (2002) zeigt, wie das Entstehen der Subjektivität sich ganz grundsätzlich aus gesellschaftlichen Ideologien und ihren daraus erwachsenden Praktiken und Handlungsmaximen speist. Bröckling bezieht sich dabei auf den Philosophen Louis Althusser und dessen Konzept der „Anrufung“ von Individuen als Subjekte (1970, 84ff) – die „paradoxe Aufforderung, zu werden, was man schon ist“ (Bröckling, 2002, 1f). Bröckling betont dabei die aktive Seite, die die Individuen in diesem Prozess haben:

„Ein Subjekt zu werden ist ein paradoxer Vorgang, bei dem aktive und passive Momente, Fremd- und Selbststeuerung unauflöslich ineinander verwoben sind. Jenes Selbst, das sich erkennen, sich formen und als eigenständiges Ich agieren soll, bezieht seine Handlungsfähigkeit von eben den Instanzen, gegen die es seine Autonomie behauptet“ (Bröckling, 2002, 1).

Das heißt: Unser Denken und Handeln ist grundlegend nach gesellschaftlich Erwartungen strukturiert, dabei aber nicht determiniert – wir gestalten die gesellschaftlichen Bedingungen mit, die uns zugleich als Zwänge entgegentreten. In einer neoliberalen Gesellschaft kommen wir nicht umhin, uns zu den Appellen des Marktes zu verhalten, und sie aktiv auf uns und unsere Umwelt anzuwenden. Die Individuen werden als neoliberale Subjekte angerufen, und damit in der Form des unternehmerischen Selbst:

„Der Appell, zum Unternehmer bzw. zur Unternehmerin des eigenen Lebens zu werden, ergeht nicht im Namen einer zentralen Autorität, sondern ist eingelassen in vielfältige Programme des Regierens und Sich-selbst-Regierens. (...) Diese Programme konfrontieren (...) den einzelnen mit spezifischen Erwartungen, die er zurückweisen oder zu erfüllen versuchen, denen er aber niemals ganz genügen kann. Und sie können ihn damit nur insoweit konfrontieren, als er selbst immer schon ein fundamentales Ungenügen an sich verspürt.“ (Bröckling, 2002, 2).

Behinderte Menschen werden von der Erwartung, unternehmerisches Selbst zu sein, nicht ausgenommen – im Gegenteil. Auch sie sollen Chancen ergreifen, Risiken eingehen, Selbstverantwortung übernehmen und sich selbst als stetig zu optimierendes Projekt begreifen – am besten, indem sie ihre Besonderheit als „Alleinstellungsmerkmal“ auf dem Markt verstehen.

Das zumindest propagiert der US-amerikanische Unternehmensberater und Disability Studies Forscher Jonathan Kaufmann. „Die vermeintliche Schwäche zu einem ganz eigenen Wert zu

machen“ – so könnte man sein Motto zusammenfassen. Der körperbehinderte Diversity- und Innovationsexperte, der bereits das Weiße Haus unter Obama beriet, forderte auf einem Kongress der Aktion Mensch im Dezember 2014 behinderte Menschen auf, sich endlich als „Humankapital“ zu betrachten. Das Publikum war größtenteils begeistert. Wie bei Kaufmann werden die neoliberalen Anrufungen von vielen behinderten Menschen nicht kritisiert, sondern im Gegenteil aufgegriffen und begrüßt (vgl. change.org, 2013 b). Statt der Kritik an einer Gesellschaft, die durch ihre Basis der Konkurrenz regelmäßig Ausgrenzung gerade auch behinderter Menschen produziert, fordern sie, in diese Gesellschaft hineingelassen und dort anerkannt zu werden. Sie wollen als bürgerliche Subjekte mit allen Rechten und Pflichten wahr- und ernstgenommen werden. Sie möchten – wie gerade in der Debatte um das Bundesteilhabegesetz zuweilen hörbar geworden – als leistungsfähige Arbeitnehmer*innen und Unternehmer*innen anerkannt werden, die es nicht verdienen, auf eine Stufe mit Sozialhilfeempfänger*innen gestellt zu werden (vgl. change.org, 2013 a). Und sie fordern, wie oft in Debatten um Vorteile und Stereotypen benannt, nicht nach ihrer Behinderung oder ihrem Aussehen beurteilt werden, sondern nur nach ihrer Leistung. Ohne es vielleicht bewusst zu beabsichtigen, passen sie sich damit an eine Gesellschaft an, die Autonomie und Stärke verlangt und die vor jeder Unterstützungsleistung erstmal den Beweis der Nützlichkeit der einzelnen erbracht sehen will.

Dabei bleibt die Position behinderter Menschen und ihr Bestehen auf dem Markt stets prekär. Noch einmal Ulrich Bröckling:

„Für den Markterfolg gilt: Jeder könnte, aber nicht alle können. Es ist diese Kombination von allgemeiner Möglichkeit und ihrer selektiven Realisierung, welche die ökonomische Bestimmung unternehmerischen Handelns zum Telos individueller Optimierungsanstrengungen macht und zugleich jenen, die im täglichen survival of the fittest unterliegen, die alleinige Verantwortung für ihr Scheitern aufbürdet. (...) Dass man in allen Lagen unternehmerisch agieren soll, die unternehmerischen Qualitäten aber immer nur relational zu jenen der Mitbewerber zu bestimmen sind, verleiht dem Handeln den Charakter eines sportlichen Wettkampfs. Diesem Wettkampf kann sich niemand entziehen, aber nicht alle spielen in der gleichen Liga.“ (Bröckling, 2002, 13).

Was tun? Ein schlaglichtartiger Ausblick

Man könnte all dem entgegen halten, dass man das Spiel mitspielen muss, wenn man nicht ausgesondert werden will. Das mag zum Teil stimmen. Die Auflösung all dieser Zwänge würde im Grunde einen kompletten Gesellschaftswandel voraussetzen, der kapitalistische Funktionslogiken abschafft und Menschen individuell unterstützt, statt sie einer Leistungskonkurrenz zu unterwerfen. Da dieser Wandel gerade offenbar nicht ins Haus steht, muss man mit den Funktionslogiken umgehen und sie auch bedienen, will man mitmachen dürfen. Alle, die den Anforderungen nicht entsprechen können oder wollen, werden ausgesondert. Ein Bewusstsein für die Implikationen der ins Feld geführten Argumente für Inklusion ist wichtig, damit weder nur die „Nützlichen“ und Leistungsfähigen von Inklusion profitieren, noch damit Inklusion zur bloßen Sparmaßnahme wird.

Ein Beispiel: Eine Jahrzehnte alte Forderung der Behindertenbewegung ist es, nicht mehr als „Almosenempfänger*in“ sondern als Bürger*in anerkannt zu werden (vgl. Dahesch, 2007). Das klingt erstmal gut, wehrt es doch die alten Bilder der mitleidigen Mildtätigkeit und der Bevormundung ab, die mit Almosengabe verbunden sind. Behinderte Bürger*innen hingegen sind selbstermächtigt, haben Rechte und sind auf Augenhöhe mit den anderen Bürger*innen. Wenn aus Almosenempfänger*innen Bürger*innen werden, ist dies erstmal ein Fortschritt gegenüber der früheren Unmündigkeit und Abhängigkeit. Gleichzeitig könnte man auch eine Parallele ziehen zwischen „Almosen“ und Unterstützungsleistungen als wichtige Kompensationen für Beeinträchtigungsfolgen. Die Abwehr der „Almosen“ kann unter kapitalistischen Verwertungsvorzeichen nach hinten losgehen, wenn sie von sparwütigen Regierungen und Verwaltungen missverstanden und begeistert für ihre Zwecke aufgegriffen wird, indem sie als Legitimation für Sozialkürzungen herhalten muss. Derartiges geschah in

Großbritannien, wo seit 2011 im Rahmen von beispiellosen Sozialkürzungen auch die Arbeitsfähigkeit zahlreicher behinderter Menschen individuell neu bewertet, ihnen Erwerbsunfähigkeitsrenten gestrichen und sie in krank machende Jobs gezwungen wurden (Zander, 2015, 6). Auch wenn die Tory-Regierung für die Sozialkürzungen allein verantwortlich ist, so kam ihr zumindest die auch in der britischen Behindertenbewegung gängige Betonung von Leistungs- und Arbeitsfähigkeit behinderter Menschen nicht ungelegen und schloss an sie an (Soldatic, Meekosha, 2012; Graby, 2015, 133ff, 151). Steven Graby kritisiert in diesem Zusammenhang die Forderung der britischen Behindertenbewegung nach „Zugang zu Arbeit“, die als zentrales Moment der Gleichstellung behinderter Menschen angesehen und dadurch weniger leistungsfähige behinderte Menschen ausgrenzen würde:

„Die Forderung nach einem „Recht auf Arbeit“ - als wenn es ein Bürgerrecht wäre - ist verbunden mit der Betrachtung von bezahlter Angestelltenarbeit als einem essentiellen Bestandteil des Sozialstatus, der, selbst im Status der ‚Vollbeschäftigung‘, immer einige behinderte Menschen davon ausschließen würde, anerkannte Gesellschaftsmitglieder zu sein“. (Graby, 2015, 146, Übersetzung R.M.)

Statt durch die Forderung nach „Zugang zu Arbeit“ der kapitalistischen Logik und der Anerkennung von Produktivität zu folgen, schlägt Graby im Anschluss an die feministische Kapitalismuskritik und an anarchistische Theoretiker*innen eine Kritik an entfremdeter und fremdbestimmter (Lohn-) Arbeit vor:

„Die Behindertenbewegung sollte sich vom Fokus auf bezahlte Arbeit als Weg der Befreiung lösen und statt dessen das gesamte Konzept [von bezahlter Arbeit, R.M.] in Frage stellen (...). (...) Ich würde sagen, dass *disability pride* nicht (...) darauf basieren sollte, dass behinderte Menschen sich als fähig, dasselbe wie Nichtbehinderte zu leisten, darstellen. Stattdessen kann die Selbstwertschätzung behinderter Menschen in der Behauptung bestehen, dass ‚Abhängigkeit‘ weder beschämend noch unvereinbar mit persönlicher Autonomie ist, und dass ‚Unabhängigkeit‘ im Sinne von völliger Autarkie weder möglich noch wünschenswert ist.“ (Graby, 2015, 151f).

Wie also weitermachen? Steve Graby diskutiert in seinem Aufsatz Modelle einer neuen Gesellschaft, mit anderen Formen von Ökonomie, und, als Übergang dazu, einem Grundeinkommen für alle (Graby, 2015, 145ff). Aktuell sollten meiner Einschätzung nach wir behinderte Menschen und unsere Unterstützer*innen mindestens wachsam sein und Protest einlegen, wenn Inklusion als neoliberales Projekt umgesetzt werden soll. Wir könnten uns den Inklusionsbegriff wieder aneignen oder einen völlig neuen Begriff finden - statt eine neoliberale Inklusion „von oben“ mitzumachen, die Unterstützungsleistungen an Verwertbarkeit koppeln will. Wir sollten unser Bewusstsein dafür schärfen, dass ein Protest gegen unsere Lebensbedingungen immer auch ein Protest gegen Lebensbedingungen sein muss, die für *alle* eine Zumutung sind - und daher auch Bündnisse mit anderen gesellschaftlichen Gruppen schließen. Wir sollten versuchen, nicht Argumente zu liefern für diejenigen, die Inklusion nur für Nützliche und Brauchbare wollen und uns einer weiteren Marginalisierung der vermeintlich „Unbrauchbaren“ entgegenstellen. Und wir sollten uns beim Ringen um Inklusion nicht von den „Bedürftigen“ oder „sozial Schwachen“ abgrenzen, sondern eher danach fragen sollten, warum diese Gesellschaft überhaupt „sozial Schwache und Starke“ produziert.

Literatur:

Althusser, Louis (1970) „Ideologie und ideologische Staatsapparate. Über die Ideologie“, in: Wolf, Frieder Otto (Hg.) (2010) „Louis Althusser. Ideologie und ideologische Staatsapparate“ Hamburg: VSA-Verlag, S. 71-102

Ahrbeck, Bernd (2014) „Inklusion. Eine Kritik“, Stuttgart: Kohlhammer

Becker, Uwe (2015) „Die Inklusionslüge. Behinderung im flexiblen Kapitalismus“, Bielefeld: transkript

Bröckling, Ulrich (2002) „Jeder könnte, aber nicht alle können. Konturen des unternehmerischen Selbst“, in: Mittelweg (36) 2002, 1-15, <http://www.eurozine.com/articles/2002-10-02-broeckling-de.html>,

abgerufen am 10.12.2016, Seitenzahlen entsprechend des Lay-Outs von www.eurozine.com

Campbell, Fiona Kumari (2008) "Refusing Able(ness): A Preliminary Conversation about Ableism". In: M/C Journal, Vol 11, No.3 - „able“, <http://journal.media-culture.org.au/index.php/mcjournal/article/viewArticle/46> abgerufen am 10.12.2016

change.org / Grosch, Konstantin (2013 a) „Recht auf Sparen und für ein gutes #TeilhabeGesetz“, <https://www.change.org/p/recht-auf-sparen-und-f%C3%BCr-ein-gutes-teilhabeGesetz-jetzt-sch%C3%A4uble-und-nahles> abgerufen am 10.12.2016

change.org / Krauthausen, Raul; Grosch, Konstantin; Probst, Julia; Umrik, Anastasia; Koch, Samuel (2013 b) „Petition: Vorschlag für Neujahrsansprache 2013: Leistung von Menschen mit Behinderungen würdigen“, <https://www.change.org/p/vorschlag-f%C3%BCr-neujahrsansprache-2013-leistung-von-menschen-mit-behinderungen-w%C3%BCrdigen-regsprecher> abgerufen 10.12.2016

Dahesch, Keyvan (2007) „Bürgerrechte statt Almosen. Zur Situation behinderter Menschen“. Deutschlandfunk, Essay und Diskurs, 4.2.2007, http://www.deutschlandfunk.de/buergerrechte-statt-almosen.1184.de.html?dram:article_id=185485 abgerufen am 10.12.2016

Felten, Michael (2016) „Radikale Inklusion sprengt das Schulsystem“, http://www.deutschlandradiokultur.de/begabte-und-behinderte-radikale-inklusion-sprengt-das.1005.de.html?dram:article_id=342495, abgerufen am 10.12.2016

Geyer, Christian (2014) „Eine unglaubliche Gleichmacherei. Warum werden Wesensmerkmale wie Behinderung, Begabung oder sexuelle Identität wegdiskutiert? Das Neueste aus dem Paradiesgärtlein der Inklusion.“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.7.2014, <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/inklusionsdebatte-unglaubliche-gleichmacherei-13057236.html> abgerufen am 10.12.2016

Graby, Steven (2015) „Access to work or liberation from work? Disabled people, autonomy and post-work-politics“, in: Canadian Journal of Disability Studies, 2015 (4), 2, 133-159, <http://cjds.uwaterloo.ca/index.php/cjds/article/view/212> abgerufen am 10.12.2016

Harvey, David (2007) „Kleine Geschichte des Neoliberalismus“, Zürich: Rotpunktverlag

Hermes, Gisela (2006) „Von der Segregation über die Integration zur Inklusion“, Vortrag auf der Ringvorlesung „Behinderung ohne Behinderte?! Perspektiven der Disability Studies“, Zentrum für Disability Studies (ZeDiS), 8.11.2006, http://www.zedis-ev-hochschule-nh.de/files/segregation_integration_inklusion_gisela_hermes.pdf abgerufen am 10.12.2016

Hinz, Andreas; Lüttensee, Jens (1997) „Integrationsbetriebe - ein Weg zur beruflichen Integration für Menschen mit Behinderung“, unveröffentlichtes Skript zur Tagung des Arbeitsmarktservice Österreich in Salzburg "Behinderung Arbeitsmarkt?", 9./10. Oktober 1997, <http://bidok.uibk.ac.at/library/hinz-betrieb.html> abgerufen am 10.12.2016

Hinz, Andreas (2002) „Von der Integration zur Inklusion – terminologisches Spiel oder konzeptuelle Weiterentwicklung?“, in: Zeitschrift für Heilpädagogik (53) 2002, 354-361

Hinz, Andreas (2013) „Inklusion – von der Unkenntnis zur Unkenntlichkeit? - Kritische Anmerkungen zu einem Jahrzehnt Diskurs über schulische Inklusion in Deutschland“, in Zeitschrift für Inklusion – online.net, (1) 2013, <http://www.inklusion-online.net/index.php/inklusion-online/article/view/26/26> abgerufen am 10.12.2016

Hirschberg, Marianne; Köbsell, Swantje (2016): „Grundbegriffe und Grundlagen: Disability Studies, Diversity und Inklusion“, in: Hedderich, Ingeborg; Biewer, Gottfried; Hollenweger, Judith; Markowetz, Reiner (Hg): „Handbuch Inklusion und Sonderpädagogik“, Bad Heilbrunn: Klinkhardt, 555-568

Link, Jürgen (1996) „Versuch über den Normalismus. Wie Normalität produziert wird“, Opladen: Westdeutscher Verlag

Marx, Karl (1979, orig. 1890) „Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie“, Berlin: Dietz

ders. (1891) „Kritik des Gothaer Programms“, MEW, Berlin: Dietz, Band 19, 13-32

Maskos, Rebecca (2015) „Ableism und das Ideal des autonomen Föbig-Seins in der kapitalistischen Gesellschaft“, in „Zeitschrift für Inklusion-online.net“ (2) 2015, <http://www.inklusion-online.net/index.php/inklusion-online/article/view/277/260>, abgerufen am 10.12.2016

Reimann, Lisa (2013) „Inklusionsfakten. Mythen und Fakten rund um das Thema Inklusion“, <http://inklusionsfakten.de> abgerufen am 8.12.2016

Rost, Andrea (2010) „Dicke Bretter bohren“, Frankfurter Rundschau, 26. Mai 2010 <http://www.fr-online.de/spezials/inklusion-statt-integration-dicke-bretter,1472874,4435158.html> abgerufen am 10.12.2016

Schönwiese, Volker (2003) „Angstabwehr und die Produktion von Behinderung“, in: Hermes, Gisela, Köbsell, Swantje (Hg.): Disability Studies in Deutschland - Behinderung neu Denken. Dokumentation der Sommeruni 2003, Kassel: Bifos bifos, S. 175-181

Soldatic, Karen; Meekosha, Helen (2012) „Disability and neoliberal state formation“, in: Watson, Nick; Roulstone, Alan; Thomas, Carol (2012) „Routledge Handbook of Disability Studies“, London: Routledge, 195-210

Wittenberg, Anka (2016) „Chief Diversity and Inclusion Manager“, in „Unser Engagement“, <http://go.sap.com/corporate/de/company/diversity.html>, abgerufen am 10.12.2016

Zander, Michael (2015) „Linke Alternative“, in: Behindertenpolitik, Junge Welt Spezial, 16.12.2015, Nr. 291, S. 6